

Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.



Ortsverband Uttenreuth

Internet: <http://www.csu-uttenreuth.de>

An die
Gemeinde Uttenreuth
Erlanger Str. 40

91080 Uttenreuth

Dr. Manfred Scherzer
Fraktionsvorsitzender
Raiffeisenstraße 4

91080 Uttenreuth

Tel.: 09131/56000

Uttenreuth, 17.08.2015

Asylsuchende und Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ruth,

für die Sitzung am 29.09.2015 stelle ich namens der CSU-Fraktion folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeinde Uttenreuth verabschiedet beigefügte Resolution zur Flüchtlings- und Asylpolitik.
Die Verwaltung wird beauftragt, sie der Bundesregierung und der EU-Kommission zuzuleiten.

Begründung

Die öffentliche Debatte zu diesem Thema gebietet nach unserer Auffassung eine grundsätzliche Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Manfred Scherzer

E-Mail: fraktionsvorsitzender@csu-uttenreuth.de

Resolution zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Uttenreuth bekennt sich uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl und zur Genfer Flüchtlingskonvention. Menschen, die auf der Flucht vor politischer Verfolgung oder vor Krieg oder Bürgerkrieg zu uns kommen, verdienen unseren Schutz und unsere Unterstützung. Die gestiegenen und weiter steigenden Asylbewerberzahlen stellen die Städte, Gemeinden und Landkreise aber vor immer größere Herausforderungen. Neben der Bereitstellung angemessenen Wohnraums und der verwaltungsmäßigen Betreuung gilt es, das Miteinander der Flüchtlinge und der Bevölkerung vor Ort durch verschiedenste Integrations- und Bildungsangebote zu ermöglichen. Auch dank des ehrenamtlichen Engagements zahlreicher Bürgerinnen und Bürger kann Uttenreuth sich als weltoffen und gastfreundlich präsentieren, wo die humanitären Verpflichtungen gegenüber politisch Verfolgten und Flüchtlingen erfüllt werden.

Die schiere Zahl der uns erreichenden Menschen führt unsere Verwaltungen und deren Mitarbeiter inzwischen aber an ihre Belastungsgrenze und teilweise sogar darüber hinaus. Dabei nehmen wir mit Sorge wahr, dass beträchtliche Ressourcen auch für jene aufgewendet werden müssen, deren Schutzersuchen vorhersehbar abgelehnt werden und die nach den geltenden Gesetzen kein Bleiberecht in unserem Land haben. Wenn es nicht gelingt, die Zahl dieser Antragsteller zu drosseln und die Verfahren zu verkürzen, laufen wir Gefahr, viele freiwillige kommunale Leistungen im Bereich Daseinsvorsorge nicht oder nicht mehr im bisherigen Umfang erbringen zu können. Solche Einschnitte drohen aber die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme und Versorgung der Asylbewerber und Flüchtlinge insgesamt in Frage zu stellen. Soweit darf es nicht kommen.

Uttenreuth unterstützt daher den Einsatz für eine Verantwortungsgemeinschaft von EU, Bund und Ländern. Wir begrüßen ausdrücklich die von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten der Länder am 18. Juni 2015 erzielten Übereinkünfte:

- Beschleunigung der Asylverfahren durch zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- Konsequente und zügige Rückführung abgelehnter Antragsteller
- Finanzielle Beteiligung des Bundes an den Asylkosten
- Bundesweite Verteilung unbegleiteter minderjährige Flüchtlinge und
- Stärkung der Verantwortung der EU.

Ortsverband Uttenreuth

Diese Beschlüsse weisen in die richtige Richtung. Allein werden sie aber nicht ausreichen, den drohenden Leistungskollaps der Kommunen abzuwenden. Wir stellen uns daher wie andere hinter folgendes allgemeines Postulat:

„Zur Bewältigung der enormen Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen kommt der EU eine Schlüsselrolle zu. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, über die im Beschluss genannten Maßnahmen hinaus, sich bei der EU-Kommission für die Wiedereinführung der Visapflicht für die Staatsangehörigen von Albanien, Serbien, Montenegro, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina einzusetzen. Wir fordern zudem die Schaffung von neu zu errichtenden (europäischen) Asylzentren in Nordafrika und die Einsetzung eines EU-Sonderbeauftragten für Flüchtlingsfragen sowie die weitere Intensivierung des Kampfes gegen kriminelle Schlepper und Menschenhändler.“

Wir sprechen uns auch für folgende weitergehende Maßnahmen aus:

- Anreize für Missbrauch verringern: Wir brauchen mehr Möglichkeiten, Leistungen für Asylbewerber zu kürzen, deren Antrag offensichtlich unbegründet ist.
- Verfahren vereinfachen: Die Anerkennungsquote von Bewerbern aus Albanien, dem Kosovo und Montenegro geht gegen Null. Diese Länder müssen als sichere Herkunftstaaten eingestuft werden.
- Missbrauch von Freizügigkeitsrechten unterbinden: Die Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien und Montenegro gewährten Visumsbefreiungen werden vielfach zur Asylantragstellung missbraucht. Für die Angehörigen dieser Länder muss wieder eine durchgehende Visapflicht eingeführt werden.
- Gerechtigkeit innerhalb der EU: Wir brauchen eine faire Verteilung der Asylbewerber und Flüchtlinge innerhalb Europas.
- Zuzug begrenzen: Durch geeignete Maßnahmen in den Herkunfts- und Transitländern muss erreicht werden, dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben. Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns kommen wollen.

Die Gemeinde Uttenreuth stellt sich ihrer Verantwortung und leistet gerne ihren Beitrag zur Linderung der angespannten Lage durch Aufnahme einer entsprechenden Zahl von Flüchtlingen. Für den Umgang mit ihnen hält der Gemeinderat ausdrücklich fest: Die Menschen, die gemäß seines Beschlusses zu uns kommen werden, sind uns willkommen und erhalten unsere Unterstützung während der Dauer ihres Aufenthalts in unserer Gemeinde. Der Gemeinderat und der Verein zur Unterstützung der Flüchtlinge (FUGE e.V.) werden alles dafür tun, ihnen einen angenehmen Aufenthalt zu ermöglichen.